

BDO-KONJUNKTURUMFRAGE 2018/2019 ZEIGT SCHLECHTE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR MITTELSTAND IM BUSGEWERBE

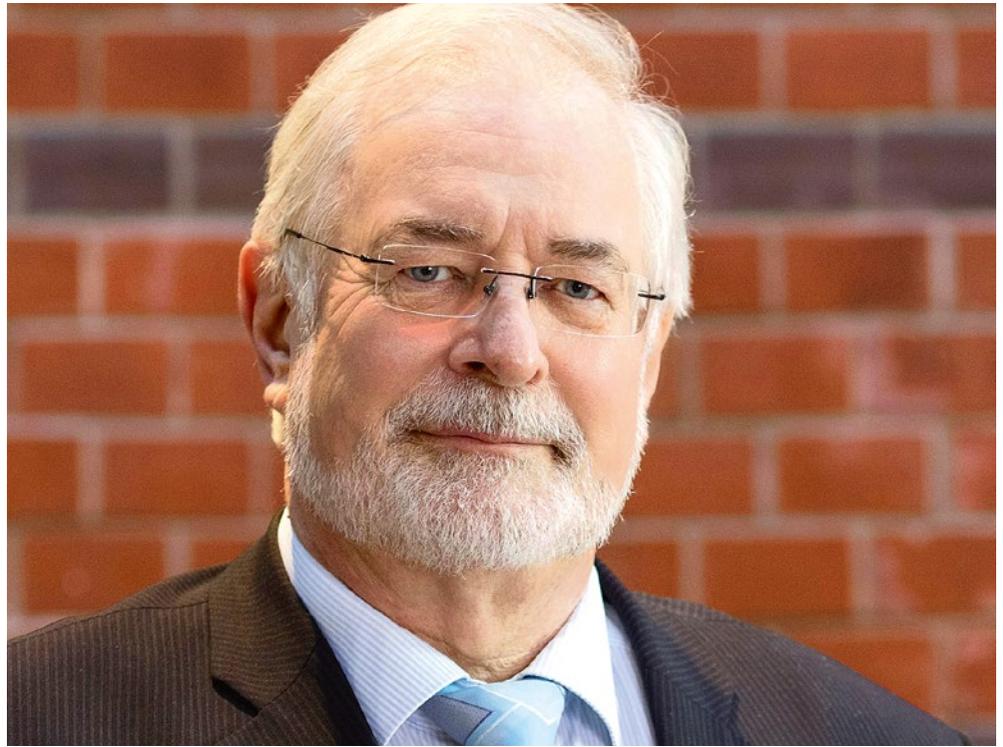
Bürokratie belastet den Mittelstand stark

Der Tourismus boomt zwar. Der Mittelstand leidet aber dennoch aufgrund schlechter Rahmenbedingungen. So hat der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) in groben Zügen die Ergebnisse der Konjunkturumfrage 2018/2019 zusammengefasst. Vorgestellt wurden die Werte im Detail am 6. März anlässlich der Eröffnung der Internationalen Tourismus-Börse Berlin (ITB). Die aktuellen Zahlen zur Geschäftsentwicklung sowie zu den Zukunftsaussichten in der Busbranche zeigen dabei ein düsteres Bild.

Für die Unternehmen im Touristik-Markt brachte die 14. Konjunkturumfrage sinkende Werte für den Blick auf die Umsatzentwicklung sowie eine stark eingebrochene Rendite. Aufgrund dieser Eckdaten wird auch die Geschäftslage insgesamt im Vergleich zu Vorjahren als schlechter eingeschätzt. Der Trend im Reise-Sektor der Busbranche zeigt damit nun bereits seit 2015 jeweils nach unten. Die negative Entwicklung der Werte für 2018 spiegelt sich in einem pessimistischen Ausblick für das laufende Geschäftsjahr. Deutlich mehr Unternehmen als im Vorjahr prognostizieren für 2019 ein schlechteres Abschneiden (30 Prozent). Optimistisch sehen hingegen nur noch zwölf Prozent nach vorne. Größere Unternehmen blicken dabei weniger skeptisch auf das laufende Geschäftsjahr als mittlere und kleinere.

Wachstum kommt nicht beim Mittelstand an

Aus Sicht des bdo ist das Stimmungstief im Busmittelstand vor allem auch bedauerlich, da die



bdo-Präsident Karl Hülsmann ruft angesichts der Ergebnisse der Konjunkturumfrage nach verbesserten Rahmenbedingungen für den Mittelstand

Tourismuszirtschaft insgesamt wächst. Der Deutsche Reiseverband verzeichnet für 2018 neue Spitzenwerte bei der Anzahl der Reisenden aus Deutschland und den Ausgaben für Urlaube – 68 Milliarden Euro und somit fünf Prozent mehr als 2017 – insgesamt.

„Wir müssen derzeit feststellen: Die Lust der Bürgerinnen und Bürger auf Busreisen steigt zwar, leider wachsen aber auch die bürokratischen Hürden sowie weitere Wettbewerbshindernisse wieder. Es stimmt mich besorgt, dass schlechte Rahmenbedingungen die Chancen auf Wachstum und Arbeitsplätze im Bustourismus schmälern“, sagte bdo-Präsident Karl Hülsmann mit Blick auf die aktuellen Ergebnisse. „Ich appelliere an alle politischen Entscheidungsträger, die Ausgangsbedingungen für den umweltfreundlichen Bustourismus zu verbessern. Es darf nicht sein, dass die mittelständischen Unternehmen und ihre vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trotz großer Nachfrage und toller Angebote immer mehr unter der sich weiter verschlechternden Situation leiden müssen.“

Kommunalisierung belastet ÖPNV-Unternehmer

Die Marktteilnehmer im ÖPNV verzeichneten zwar eine leichte Stimmungsbesserung bei der Beurteilung der Geschäftslage für 2018 im Vergleich zu 2017. Trotz besserer Umsatzentwicklung ist die Rendite aber mehrheitlich schlechter bewertet worden als im Vorjahr. Die

Unternehmensgröße spielt bei der Einschätzung oftmals eine ausschlaggebende Rolle: Je kleiner ein Unternehmen ist, desto negativer wird die Situation betrachtet. Auch die Vorausschau auf das noch junge laufende Geschäftsjahr der Unternehmen im öffentlichen Personennahverkehr bleibt weitestgehend unverändert düster. Als Grund dafür sind aus Sicht des bdo die Kommunalisierungstendenzen in vielen Städten und Gemeinden zu nennen, die ganze Regionen vom Wettbewerb um die besten Verkehrsleistungen abschneiden und damit die Märkte für private Busunternehmen deutlich schrumpfen lassen.

Nach den erfolgreichen vergangenen Jahren erlebte auch das Fernbussegment 2018 ein Stimmungstief. Diagnostiziert werden Rückgänge bei Umsatz und Rendite, die sich in einer negativen Beurteilung der Geschäftslage auswirken. Für das noch junge laufende Geschäftsjahr 2019 sehen die Prognosen der privaten mittelständischen Unternehmen in diesem Bereich durchweg pessimistischer aus. Ursache ist hier insbesondere der intensive Wettbewerb auf dem Fernverkehrsmarkt, der sich vor allem in der Billigpreisoffensive der Bahn mit über neun Millionen Sparpreistickets für fast 14 Millionen Fahrten im letzten Jahr zeigt. Zudem erzeugen die sehr starren Genehmigungsverfahren für Fernlinienbusverkehre sowie die damit verbundene überbordende Bürokratie sehr hohe Kosten.



Bereits zum 14. Mal zeigt die bdo-Konjunkturumfrage das Stimmungsbild der Branche

BDO KRITISIERT DESTRUKTIVEN KOMMUNALISIERUNGSKURS IM ILM-KREIS

Fahrgäste und Steuerzahler leiden unter Kommunalisierung

Die ersten Nachteile werden schon sehr schnell zu spüren sein. Das ganze dramatische Ausmaß der Folgen des destruktiven ÖPNV-Verstaatlichungskurses im Ilm-Kreis lässt sich aber wahrscheinlich erst nach Jahren einschätzen – wenn es zu spät ist für ein leistungsfähiges Familienunternehmen und die 130 Arbeitsplätze. Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) hat am 20. Februar in einem offenen Brief die Beendigung der eingeleiteten Kommunalisierung im Ilm-Kreis gefordert. bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard führte in ihrem Schreiben an Landrätin Petra Enders die Nachteile dieses wirtschafts- und fahrgastfeindlichen Kurses auf und erinnerte an die Verantwortungen für die Bürgerinnen und Bürger. Eine Abriegelung des regionalen ÖPNV-Marktes, wie von Enders politisch gewollt, wird sich negativ auf die Entwicklung der Verkehrsleistung auswirken.

Gleichzeitig wies Christiane Leonard darauf hin, dass die Probleme im Ilm-Kreis zwar eine bisher nicht gekannte Deutlichkeit und Rigorosität aufweisen, aber keine Seltenheit darstellen. In vielen Städten und Gemeinden wird der ÖPNV von politischen Entscheidungsträgern aus der freien Marktwirtschaft quasi ausgegliedert und in allein staatliche Hand gelegt. Dies ist, so Leonard, nicht nur ein Verstoß gegen jedes ordnungspolitische Gebot, sondern auch ein doppelter Schlag gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Diese müssen als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für den neuen öffentlichen Apparat zahlen – und werden aufgrund fehlender Effizienzreize zudem als Fahrgäste eine negative Entwicklung erleben.

„Daseinsvorsorge bedeutet eben gerade nicht, dass die öffentliche Hand alle gewünschten Leistungen selbst erbringt“, sagte Christiane Leonard. „Die Politik stellt lediglich sicher, dass bestmögliche Angebote genutzt werden können. Genau dafür steht das private Busgewerbe in Deutschland.“ Weiter führte die bdo-Hauptgeschäftsführerin aus: „Ich denke, die Geschichte hat deutlich gezeigt: Die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt und die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger leiden, wenn die öffentliche Hand versucht, sich zum Unternehmer aufzuschwingen. Kundinnen und Kunden beziehungsweise Nutzerinnen und Nutzer pro-

fitieren stattdessen immer dann, wenn sich im fairen Wettbewerb im Markt die besten Angebote entwickeln können.“

Die Geschehnisse im Ilm-Kreis sind der traurige Tiefpunkt einer breiten Fehlentwicklung in vielen Kommunen in ganz Deutschland. Zahlreiche Städte und Gemeinden wollen teure neue ÖPNV-Strukturen in öffentlicher Hand aufbauen und hebeln dafür den Wettbewerb um Verkehrsleistungen aus. Erfahrene private Unternehmen erhalten somit nicht mehr die Möglichkeit, mit ihren Angeboten für Innovationen zu sorgen.



Mit deutlichen Worten kritisierte bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard die fahrgastfeindliche ÖPNV-Kommunalisierung

LBO: GESPRÄCHE MIT LANDTAGSABGEORDNETEN

Große Resonanz beim Parlamentarischen Abend in München

Der Saal war voll, der Austausch überaus produktiv. Am Mittwoch, den 27. Februar, fand auf Einladung des LBO im Bayerischen Landtag ein Parlamentarischer Abend mit Vertretern der CSU-Fraktion statt. Unter Leitung und Moderation von Präsidentin Dr. Ing. Sandra Schnarrenberger konnten 19 Abgeordnete begrüßt werden: Jürgen Baumgärtner, Barbara Becker, Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Petra Guttenberger, Hans Herold, Michael Hofmann, Sandro Kirchner, Alexander König, Dipl.-Ing. Jochen Kohler, Thomas Kreuzer, Otto Lederer, Dr. Petra Loibl, Ulrike Scharf, Martin Schöffel, Angelika Schorer, Klaus Stöttner, Prof. Dr. Gerhard Waschler und Josef Zellmeier.

Neben der LBO-Präsidentin bestand die LBO-Delegation aus Isabelle Brodschelm, Hans Amberger, Leonhard Neumayr, Stephanie Schütz

und Franz Zenker. Ausführlich diskutiert wurden unter anderem die verschiedenen Möglichkeiten der Vergabearten und wie diese situationsangepasst eingesetzt und mittelstandsfreundlich gestaltet werden können. Für angeregte Gespräche sorgten unter dem Stichwort „Verkehrswende“ die Themen alternative Antriebsarten und Einsätze, vernetzte Mobilität und Digitalisierung sowie deren konzeptionelle Vernetzung und zukunftsfähige Ausrichtung.

Angesichts der grundlegenden Veränderungen im derzeitigen ÖPNV wurde angeregt, den Grundstock des Verkehrs hinsichtlich Ausgleichszahlungen für Auszubildende bis zu einer abschließenden umfassenden Neukonzeption jährlich zu dynamisieren, um weitere, größere Verwerfungen der derzeitigen Strukturen nicht noch zeitgleich zu entfachen. Die LBO-Delegation

nimmt den politischen Wunsch nach noch mehr Kooperation unter den Verkehrsunternehmen für den Nutzer und ÖPNV-Kunden vor Ort mit auf den Weg.

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesverband Deutscher
 Omnibusunternehmer (bdo)
 Reinhardtstraße 25
 10117 Berlin

Telefon 00 49 / (0) 30 / 2 40 89-3 00

Telefax 00 49 / (0) 30 / 2 40 89-4 00

Internet: www.bdo.org

E-Mail: info@bdo.org

V.i.S.d.P. Christian Wahl

Redaktion Christian Wahl

EISENBAHNBUNDESAMT MIT SEHR POSITIVEN ZAHLEN ZU VERBRAUCHERRECHTEN IM FERNBUS

Verbraucher fahren gut mit dem Fernbus

Grün und gut. Bei der Umweltbilanz ist der Fernbus laut Umweltbundesamt top. Aber nicht nur. Denn nun zeigt sich, dass der 2013 liberalisierte Teil des Fernverkehrsmarktes auch in Hinblick auf die Verbraucherrechte hervorragend punkten kann: Neue Ergebnisse aus dem Eisenbahnbundesamt (EBA) sowie bereits veröffentlichte Zahlen der Schlichtungsstelle für den öffentlichen Personenverkehr (söp) belegen, dass der Fernbus den Fahrgästen tolle Bedingungen bietet. Die aktuelle EBA-Studie weist für die Branche bei rund 24 Millionen Fahrgästen 2018 nicht einmal 60 begründete Beschwerden aus. Insgesamt gab es für das komplette Jahr weniger als 170 Beschwerden nach EU-Fahrgastrechteverordnung überhaupt. Für 2017 verzeichnete das EBA sogar nur 137 solcher Beschwerden, von denen lediglich bei 47 ein Verstoß festgestellt wurde.



Die Fernbusbranche in Deutschland: schätzungsweise 24 Millionen Fahrgäste in 2018, aber nur wenige Beschwerden

„Der Fernbus bietet Fahrgästen hervorragende Reisebedingungen, wie die neuen Zahlen aus dem Eisenbahnbundesamt nun noch einmal deutlich zeigen“, sagt bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard zu den Ergebnissen. „Darüber hinaus hat der Fernbusverkehr seit der Liberalisierung 2013 auch spürbare Impulse bei den anderen Verkehrsträgern gesetzt. Diese müssen seitdem in Hinblick auf die Wünsche und Bedürfnisse der Fahrgäste und Passagiere gewissermaßen mitziehen, um im Wettbewerb punkten zu können.“

Das Eisenbahnbundesamt ist die zuständige Behörde für die Durchsetzung der Fahrgastrechte im Fernlinienbusverkehr. Es informiert daher regelmäßig über die Tätigkeiten zur Durchsetzung der bestehenden Vorgaben. In den allermeisten Fällen bezogen sich die Beschwerden zum „großen Teil auf Artikel 19 der Verordnung (EU) Nr. 181/2011, wonach unter anderem der Beförderer bei einer Annullierung, Überbuchung oder Verspätung der Abfahrt von mehr als

120 Minuten an einem Busbahnhof dem Fahrgast die Fortsetzung der Fahrt ohne Aufpreis unter vergleichbaren Bedingungen oder die Erstattung des Fahrpreises zur Auswahl anbieten muss.“ Lediglich eine Beschwerde zum Gepäck wurde in den beiden Berichtsjahren bearbeitet. Auch die Schlichtungsstelle für den öffentlichen Personenverkehr (söp) bescheinigt den Fernbusunternehmen Bestwerte mit der höchsten Schlichtungsquote aller Verkehrsmittel.

2. JURY-SITZUNG BEIM WETTBEWERB „MOBILITÄTSKNOTEN DES JAHRES“ 2019

Kurz vor der Ziellinie

Es ist fast geschafft. Diese positive Aussage bezieht sich leider noch nicht auf die flächendeckende Ausgestaltung guter Rahmenbedingungen für den öffentlichen Personen-

verkehr, sondern auf die Auswahl der Sieger bei der 2. Ausgabe des Wettbewerbs „Mobilitätsknoten des Jahres“. Mit diesem Preis prämiiert der bdo in 2019 wieder das vorbildliche Enga-

gement von Städten und Gemeinden für die bestmögliche Vernetzung verschiedener Verkehrsträger.



Die Jury des Wettbewerbs bei der 2. Sitzung am 4. März in Berlin

In Berlin kam am 4. März die Jury zu einer weiteren Sitzung zusammen, um die zahlreichen Einreichungen zu sichten und zu bewerten. Faktoren wie etwa Barrierefreiheit oder die Ausstattung mit Informationssystemen spielten neben weiteren Bewertungskriterien eine Rolle bei der Sicht der Jury-Mitglieder auf die Kandidaten.

Die Veröffentlichung der Ergebnisse wird im April erfolgen. Im Anschluss können sich die siegreichen Städte unter anderem über die Übergabe einer offiziellen Auszeichnung sowie zahlreiche Öffentlichkeitsmaßnahmen freuen, die ihr Engagement betonen. Schirmherr des Wettbewerbs ist wie bereits 2017 Enak Ferlemann, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium.

©FlixBus (ca.), bdo (lu)

WBO: BESUCH AUS DEM BUNDESVERKEHRSMINISTERIUM

Staatssekretär Steffen Bilger besucht Firmen in Kornwestheim

Immer wieder ist der WBO bemüht, mit Vertretern aus Landes- und Bundespolitik direkt in Omnibusbetriebe zu gehen, um vor Ort einen Blick auf die konkrete Lage der privaten Omnibusunternehmen in Baden-Württemberg zu werfen. Kürzlich stattete auf Initiative des WBO der Bundestagsabgeordnete Steffen Bilger einen Informationsbesuch bei den Kornwestheimer Omnibusunternehmen Hönes und Knisel ab. Als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium war er mit der Materie vertraut und zeigte großes Interesse an den Auswirkungen der Verkehrspolitik auf die Unternehmen in seinem Ludwigsburger Wahlkreis. Insbesondere Dieselfahrverbote sowie die technische Entwicklung der E-Mobilität und deren mögliche Umsetzung im ÖPNV mit dem Bus waren Gesprächsthemen. Beim Rundgang über das Betriebsgelände ließ er es sich nicht nehmen, selbst das Steuer eines Linienbusses in die Hand zu nehmen.



Konnten sich intensiv über die Omnibusbranche austauschen: die WBO-Mitglieder Holger Hönes, Matthias Knisel und Carry Buchholz, am Steuer Staatssekretär Steffen Bilger (v. l. n. r.)

PARLAMENTARISCHER ABEND DES GVN IN HANNOVER

Neuer Besucherrekord und gute Stimmung beim GVN-Currywurstabend

Der Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen (GVN) e. V. bilanzierte in diesem Jahr eine erfolgreiche Neuauflage seines traditionellen Currywurstabends. Am 27. Februar 2019 trafen sich rund 230 Gäste beim mittlerweile sechsten Parlamentarischen Abend in Hannover, um sich über aktuelle Themen des Verkehrsgewerbes auszutauschen.

Unter den Gästen waren neben 60 Abgeordneten des Landtages u. a. Landtagsvizepräsidentin Petra Emmerich-Kopatsch (SPD), die Stv. CDU-Fraktionsvorsitzende Mareike Wulf, der Stv. FDP-Fraktionsvorsitzende Jörg Bode, die ver-

kehrpolitischen Sprecher Karsten Heineking (CDU), Stefan Klein (SPD), Detlev Schulz-Hendel (Bündnis 90/Die Grünen), aus dem Ausschuss Wirtschaft, Arbeit und Verkehr die Vorsitzende Sabine Tippelt (SPD) sowie Karl-Heinz Bley und Gerda Hövel (beide CDU) und Wirtschafts- und Verkehrsminister Dr. Bernd Althusmann (CDU). Aus Berlin nahm die niedersächsische Bundestagsabgeordnete Kirsten Lüthmann von der SPD-Fraktion teil.

Die Teilnehmer diskutierten bei Currywurst und Kaltgetränken u. a. über Auswirkungen drohender Dieselfahrverbote, Fahrverbote an bundes-

uneinheitlichen Feiertagen, Sicherheit auf niedersächsischen Straßen, Infrastrukturverbesserung, Digitalisierung, Kommunalisierung im ÖPNV, Vorstöße zur Liberalisierung des PBefG und disruptive Geschäftsmodelle wie MOIA. Auch der Fahrermangel, die Erhöhung des Mindestlohns und der Brexit waren Gesprächsthemen.

„Die privaten, im ÖPNV tätigen Omnibusunternehmen müssen leider feststellen, dass die von der früheren rot-grünen Landesregierung getroffene Entscheidung zur Verstaatlichung des ÖPNV fortbesteht. Müssen wir wirklich warten, bis das Bundesverwaltungsgericht diese Praxis verbietet? Eine Kurskorrektur ist dringend erforderlich. Im Kommunalverfassungsgesetz ist die Nachrangigkeit des Staates für die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen vorgesehen und im PBefG der Vorrang der eigenwirtschaftlichen Verkehre vor staatlichen Verkehrsleistungen. Im ÖPNV wird es Zeit für eine nachhaltige, familien- und mittelstandsorientierte Politik. Wir sind für fairen Wettbewerb und nicht für die fortschreitende Verstaatlichung des ÖPNV. Wir wollen nicht, dass regional verwurzelte Omnibusunternehmen nach und nach ihre Betriebe schließen müssen, weil sie durch den Ordnungsrahmen dazu gezwungen werden“, so der GVN zu den anwesenden Politikern.

Mit dem Appell „Mehr Mittelstand wagen!“ wurde gefordert, sich für den Erhalt der mittelständischen Unternehmen und ihrer Mitarbeiter einzusetzen.



Der GVN konnte einen neuen Besucherrekord beim Parlamentarischen Abend verzeichnen